

Antrag der Fraktion Die Linke

Aktuelle Stunde

Beschäftigte, Familien und Rentner:innen nicht alleine lassen- Wohngeldkürzung stoppen!

Bundesbauministerin Hubertz hat massive Kürzungen beim Wohngeld eingeleitet. Von den im Juli im Bundeskabinett beschlossenen Kürzungen werden, wenn sie so eintreten, ab 2027 bundesweit weit über hunderttausend Haushalte betroffen sein. In Bremerhaven und Bremen droht 3800 Haushalten die Wohngeldkürzung, von denen voraussichtlich 1400 in die Grundsicherung fallen werden.

Im Bundesland Bremen mit der höchsten Wohnarmut bedeuten die Kürzungen, dass noch mehr Menschen in Bremen und Bremerhaven in Armut leben müssen. Wohnen muss bezahlbar sein, auch für Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen mit kleiner Rente.

Butenunbinnen berichtete am 15. August, dass der Bremer Senat diese Pläne stoppen möchte (<https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/bremen-will-kuerzungen-bei-wohngeld-stoppen-100.html>).

Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke